

tiv, dann hätten sie ihre Leser, Hörer und Zuschauer mit Initiative und Standpunkt unserer Partei zum Dialog mit der SPD exakt vertraut gemacht, statt ihnen die Argumente der SED weitestgehend vorzuenthalten, verstümmelt darzubieten und zu verfälschen. Diese Argumente sagen die Wahrheit über die DDR und den Sozialismus, über Weg und Ziel der konsequenten Politik des Friedens und der Verständigung, vor allem der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten.

Was in Westdeutschland geändert werden muß

Unlängst schrieb das bonnamtliche Organ „Wehrkunde“ höchst Bemerkenswertes: „Der moderne Krieg wird nicht nur in drei Sphären geführt — in der Luft, zu Lande und zu Wasser. Er umfaßt auch eine vierte Sphäre — die geistige Welt des Menschen. Der dritte Weltkrieg in dieser Sphäre hat bereits begonnen.“ Das ist ebenso ungeheuerlich wie aufschlußreich. Mit einer „geistigen Kriegserklärung“ haben wir es dort drüben zu tun, und was zu uns herübergeredet und herübergesendet wird, soll dem, verschlüsselt oder unverschlüsselt, Tribut zollen. Erst den Geist als Zielscheibe, dann den Körper, erst den einzelnen, dann das Ganze. Das will der Feind, und darum ist es gut, sich an den Freund zu halten. Je stärker wir sind, desto schwächer ist der Feind.

Der Standpunkt auf der Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes schließt die Unparteilichkeit gegenüber jener bourgeoisen Klasse in Westdeutschland aus, deren Macht der Monopole bereitet ist, Millionen zu opfern, damit einige Millionäre Gewinn daraus ziehen. Unsere Ideologie und die ihre sind un-

Der Bonner Staat und seine Regierungspartei CDU/CSU fürchten die Wahrheit. Das ganze Gebäude aggressiver Lügen, das den Druck des Notstandsdictats nach innen und den mit der Alleinvertretungsanmaßung verbundenen Expansionismus nach außen rechtfertigen soll, würde ins Wanken geraten.

Bei denen informieren, die nicht einmal der eigenen westdeutschen Bevölkerung die Wahrheit sagen? Parteilichkeit beginnt bei *der Entscheidung, dies nicht zu tun.

vereinbar und unversöhnlich. Klassenfronten liegen dazwischen. Hier scheidet sich die neue sozialistische Welt, in der die Arbeiter und Bauern Herren ihres Daseins, ihres Staates und ihrer Zukunft sind, von der alten Welt kapitalistischer Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung.

Mit aller Eindringlichkeit wird abermals deutlich, wie unumgänglich notwendig ein tiefgreifender Wandel der Verhältnisse in Westdeutschland zu Frieden, Demokratie und Fortschritt ist. Jeder Satz in der programmatischen Rede des Genossen Walter Ulbricht zum 20. Jahrestag der Gründung unserer Partei über den Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen erhält angesichts der Entwicklung im Bonner Staat täglich mehr an Gewicht. Es gehe darum, sagte Genosse Ulbricht, in Westdeutschland von der Herrschaft der Millionäre über die Millionen zu einer Ordnung zu kommen, in der die Grundrechte der Menschen eine feste materielle ökonomische und politische Basis haben. Zu den elementarsten Forderungen, die auf der Tagesordnung stehen, zählen eine Reform des Parla-

ments, die Veränderung der Machtverhältnisse in den westdeutschen Großbetrieben, eine demokratische Landreform und die Durchsetzung der Rechte der Frauen und der Jugendlichen. Nicht zuletzt gehört dazu, die Zeitungskonzerne wie den Springerkonzern und andere unter Kontrolle zu nehmen und damit der Hetze des kalten Krieges und der offenen Kriegshetze einen Riegel vorzuschieben.

Von da an wären alle diese Publikationsmittel nicht mehr Springers, Barzeis und Guttenbergs Stimme, sondern Stimme des Volkes. Die westdeutsche Bevölkerung würde erhalten, was ihr bis auf Tag und Stunde fehlt: mit wahrhaftiger, sachlicher und realistischer Information zugleich auch ebensolche Wertung vom Standpunkt und zum Nutzen der Interessen des Volkes. Statt dem Bürger Denken und eigenes Urteil als den Herrschenden gefährliche Untugenden mit Raffinesse abzugewöhnen, würden die westdeutschen Publikationsmittel endlich dem demokratischen Willen der arbeitenden Menschen Rechnung tragen.

Um wieviel diese westdeutsche Bundesrepublik nachzuholen hat, um endlich den Erfordernissen der Geschichte Genüge zu tun, wird gerade aus einem bestimmten Unterschied zwischen ihr und der DDR deutlich. Er ist wesenseins mit der Gegensätzlichkeit der Machtverhältnisse in beiden deutschen Staaten. In einigen knappen Worten drückt er sich aus, mit denen Genosse Walter Ulbricht seinerzeit umriß, worin sich die Identität zwischen Volk und Staat bei uns erfüllt: „Denken ist die erste Bürgerpflicht.“

Frank Joachim
Herrmann